To leave no one behind

Warum wir von einer klimasozialen Politik noch weit entfernt sind

Michael Soder & Christa Schlager

Der vor kurzem veröffentliche sechste Sachstandsbericht des „*International Panel for Climate Change*" der Arbeitsgruppe „*Auswirkungen, Anpassung und Verletzlichkeit*" kann als dramatischer klimapolitischer Appell an Politik und Gesellschaft gesehen werden, denn er benennt das sich immer rascher schließende Zeitfenster für die Umsetzung notwendiger Maßnahmen eindrücklich (IPCC 2022). Es gibt nur mehr eine Zeitspanne von noch gut neun Jahren, um die großen Weichen zu stellen: den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in den notwendigen Pfaden voranzutreiben, um die Klimaziele zu erreichen.

Darüber hinaus treiben auch neue digitale Technologien, die demographische Entwicklung und Formen der (De-)Globalisierung die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und eröffnen oder beschränken Lösungsräume. Der bevorstehende Umbruch, in Deutschland von politischen Akteur:innen als „Zeitenwende" bezeichnet, wird zwar im polit-medialen System durch Einzelmaßnahmen oder „Leuchtturmprojekte" eingeläutet, dennoch ist unverkennbar, dass eine große Zeitgleichheit von Handlungen und Nichthandlungen festzustellen ist. Auf vielen politischen Ebenen fehlen ein koordiniertes Zusammenführen und Abstimmen der Einzelmaßnahmen. Dieses Governance-Problem bringt vor allem eine Minderung des transformativen Potenzials der oftmals sinnvollen Einzelmaßnahmen mit sich.

Die Klimakrise und auch die digitale Revolution sind in ihrem Kern als gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu verstehen. Ein Verständnis darüber ist für deren gerechte Bewältigung elementar. Diese grundsätzliche Erkenntnis wird von den United Nations als auch der Europäischen Kommission durch das politische Versprechen „*To Leave No One Behind*" adressiert (United Nations, o.J.; Europäische Kommission 2019). Ob und wie dieses Versprechen eingelöst oder umgesetzt wird, bleibt jedoch fraglich, da die systemischen Herausforderungen tiefgreifender und umfangreicher sind, als dem Anschein nach erkannt wird.

Die angesprochenen politischen Steuerungsprobleme sind unter anderem auch damit erklärbar, dass im Wesentlichen vier unterschiedliche (wirtschaftspolitische) Zugänge zur Transformation zu konstatieren sind. Im folgenden Beitrag wird versucht, diese eingangs darzustellen, die vorherrschende Variante zu veranschaulichen und darüber hinaus zu problematisieren, warum das weitgehende Fehlen eines gesellschaftlich-strukturellen Zugangs die Transformationsbemühungen verlangsamt, bzw. teilweise konterkariert.

Vier Zugänge zur Erreichung der Klimaziele

Technologisch-Ökonomisch	**Rechtlich-Ökonomisch**	
Lösungen über Innovation, Technologien, Wettbewerbsfähigkeit und entkoppeltes Wachstum.	**Staat** als treibende Kraft über aktive Governance und Ordnungspolitik.	**Markt** als primäres Koordinierungsinstrument über die Internalisierung externer Effekte.
Personalisierung & Individualisierung	**Gesellschaftlich-Strukturell**	
Bewusstseinsbildung und Transparenz über Produktionsbedingungen beeinflussen individuelle Kaufkraftentscheidungen und somit über die Nachfrage die Produktion.	Soziale Dimension von Transformationsprozessen im Fokus, gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten, soziale Ungleichheiten gemeinsam mit ökologischen Fragen strukturell (auch global) behandeln.	

Tabelle 1: Übersicht über die unterschiedlichen Zugänge im Diskurs, Q: Eigene Darstellung

Dominant in den politökonomischen Diskussionen ist ein technologisch-ökonomischer Zugang, wie er zum Beispiel von der EU-Kommission betrieben wird. Die Idee, die diesem Zugang zu Grunde liegt, ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern, indem im Bereich grüner Technologien ein Innovationsvorsprung erzielt wird. Die vorherrschende, marktgetriebene Systemlogik wird durch die Verwendung neuer oder besserer Technologien nicht in Frage gestellt und das Wachstumsmodell, in nachhaltiger Form, beibehalten, wobei eine Entkopplung von Ressourceneinsatz und Wachstum angestrebt wird. Erreicht werden soll dies durch durchgängige Wertschöpfungsketten innerhalb der EU im Sinne einer Kreislaufwirtschaft (z.B. Pianta & Lucchese 2020; Lucchese & Pianta 2020. Pianta et al. 2020).

Ein zweiter Zugang ist ein rechtlich-ökonomischer bei dem vorrangig durch die Setzung ordnungspolitischer Maßnahmen und/oder Anreize die angestrebten Ziele in der digitalen und grünen Transformation erreicht werden sollen. Dieser Ansatz zerfällt dabei in zwei unterschiedliche Konzeptionen, die sich über die Rolle des Staates und des Marktes ausdifferenzieren. Eine Stoßrichtung spricht dem Staat eine bedeutendere Rolle in der Gestaltung der Transformation über Ge- und Verbote und die Entwicklung einer aktiven Governance zu. Beispiel: Raumordnung. Die zweite Stoßrichtung verfolgt einen Ansatz, welcher dem Markt als Koordinierungs- und Steuerungsmechanismus Dominanz einräumt. Hierbei sollen, z.B. über Besteuerung, externe Kosten internalisiert werden und damit zu eindeutigen Preissignalen für den Marktprozess führen (z.B. Cifuentes-Faura. 2022). Beispiele: die Debatte rund um die CO_2 Bepreisung und der ETS Handel.

Der dritte wesentliche Zugang ist jener der Personalisierung und Individualisierung. Im Sinne voll funktionsfähiger, transparenter Märkte können die Individuen durch ihr Verhalten und insbesondere durch ihre Kaufkraft Produktionsentscheidungen steuern.

Im Duktus einer neoliberal und moralisch aufgeladenen Selbstvermessung und Selbstoptimierung (z.B. Mau 2017) wird kollektive und politische Verantwortung über einen individualistischen Ansatz zerstreut. Mündige Konsument:innen, Verzicht und Anreize zur Verhaltensänderung (Nudging) spielen hier eine wichtige Rolle.

Der vierte Zugang ist ein gesellschaftlich-struktureller, in dem insbesondere der sozialen Dimension und die mit ihr verbundenen Fragen der Teilhabe/Partizipation, der Ungleichheit von Voraussetzungen und Verteilung sowie der systemisch-strukturellen Aspekte eine wesentlich stärkere Bedeutung zuwächst (z.B. Räthzel & Uzzell 2011). Ebenso müssen psychosoziale und gesellschaftliche Dynamiken in die Entwicklung von Lösungsstrategien antizipiert werden (Moore et al. 2022). Darüber hinaus spielt bei der Debatte zur Klimagerechtigkeit der Ungleichheitsachse Nord–Süd eine gewichtige Rolle.

In der Praxis ist Technologie eine wesentliche Determinante, politische Initiativen verharren meist in einem „marktzentrierten" Lösungsraum und arbeiten mit Anreizen für Private. Sie blenden jedoch eine inhaltliche Beschäftigung mit den Transformationserfordernissen abseits ökonomisch-technologischer Fragen weitestgehend aus, wie anhand der politischen Pläne der EU gezeigt werden kann.

Umsetzung: Die Europäische Kommission und ihre Antworten auf die doppelte Transformation

Die Europäische Union verfolgt einen eingangs beschriebenen technologisch-ökonomischen Ansatz in der Umsetzung des European Green Deal (Europäische Kommission, 2019). Ziel ist es, den doppelten Strukturwandel durch Dekarbonisierung und Digitalisierung weiter zu beschleunigen und Europa als globalen First-Mover zu etablieren. Die strategische Ausrichtung auf die Beschleunigung des Strukturwandels zeigt sich dabei in den unterschiedlichen Richtlinien, Verordnungen, Initiativen und Aktionsplänen, die seit der Präsentation des Europäischen Grünen Deals verfolgt wurden. Wesentlich dabei sind die potenziellen Querverbindungen und Schnittstellen der unzähligen Initiativen. Das ambitionierte Vorgehen der Kommission ist dabei nicht nur klimapolitisch motiviert. Darüber hinaus zielt die Europäische Kommission darauf ab, dadurch mittel- bis langfristig Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa zu halten bzw. zu schaffen und die Wettbewerbsposition Europas gegenüber den USA und China zu stärken sowie Innovation und Wachstum abzusichern. Der gezielt beschleunigte Strukturwandel, welcher alle Politikbereiche und Sektoren erfasst, wird dabei als wirtschaftliche Chance begriffen, um langfristig ökonomische Vorteile im globalen Wettbewerb zu generieren. Dieser stark auf Marktpositionen und Wettbewerbschancen fokussierte Zugang führt auch dazu, dass die Auseinandersetzung mit ökologischen und sozialen Grenzen des materiellen wirtschaftlichen Wachstums (Hirsch 2005; Steffen et al. 2015) unzureichend ausfällt. Bezugspunkt der Kommission ist eben kein neuer und umfassender Wohlstandsbegriff, sondern vielmehr die Idee einer „ökologischen Modernisierung", eines „*technological fix*" (vgl. Räthzel & Uzzell 2011) mit dem Ziel der Systemerhaltung. Politisch ist dies als möglichst einfache Lösung mit geringem Veränderungsdruck zu betrachten. Weder das vorherrschende Wirtschaftsmodell noch seine inhären-

ten Logiken von Wachstum, Wettbewerb und Individuum stehen hierbei zur Disposition. Diese Lösungsstrategie lässt sich sowohl mittels staatlicher als auch „marktnaher" Maßnahmen erreichen. Digitalisierung und grüne Technologien gehen, im besten Fall, Hand in Hand und erlauben eine disruptive Entkoppelung von Wachstum und materiellem Durchfluss. Eine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse hilft aus diesem Blickwinkel dabei die optimalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen über Förderungen und Anreize zu setzen, um die technologischen Möglichkeiten bestmöglich zu heben. Perspektivisch dominieren damit auf der Angebotsseite einerseits technologisch-ökonomische Lösungsvorschläge mit dem Ziel, Innovation über die Förderung und Entwicklung von technologischen Lösungen zu generieren und in Folge zu skalieren, und andererseits ordnungspolitische Maßnahmen zur Marktaufbereitung und zur Verschiebung der relativen Preise gewünschter Technologien. Nachfrageseitig wird versucht über Anreize das individuelle Konsument:innenverhalten zu beeinflussen und zu steuern.

Der sehr technikfokussierte Umgang mit der Klimakrise ist ein Stückweit auch Resultat der naturwissenschaftlichen Problemanalyse, die zur irrigen Schlussfolgerung verleitet, dass auf das hauptsächlich technisch verursachte Problem der Treibhausgasemissionen ebenso eine technologische Lösung naheliegend ist (Alber 2014). Es trifft zu, dass Ressourcenentnahme und -verbrauch aus den ökologischen Systemen sowie die energetische fossile Basis unseres Produkts- und Konsummodells stark technologisch getrieben wurde und wird, jedoch findet das Wirtschaften und Leben immer auch im sozialen und gesellschaftlichen Kontext statt. Die technische Dimension der Klimakrise und der digitalen Revolution können daher nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Sozio-technische Systeme, Normen, Moden und Aufmerksamkeit spielen ebenso eine bedeutende Rolle in der Definition von Lösungsräumen. All diese Dimensionen sind im aktuellen Ansatz der Kommission noch unterbelichtet und dem Wachstums- und Wettbewerbspostulat nachgereiht.

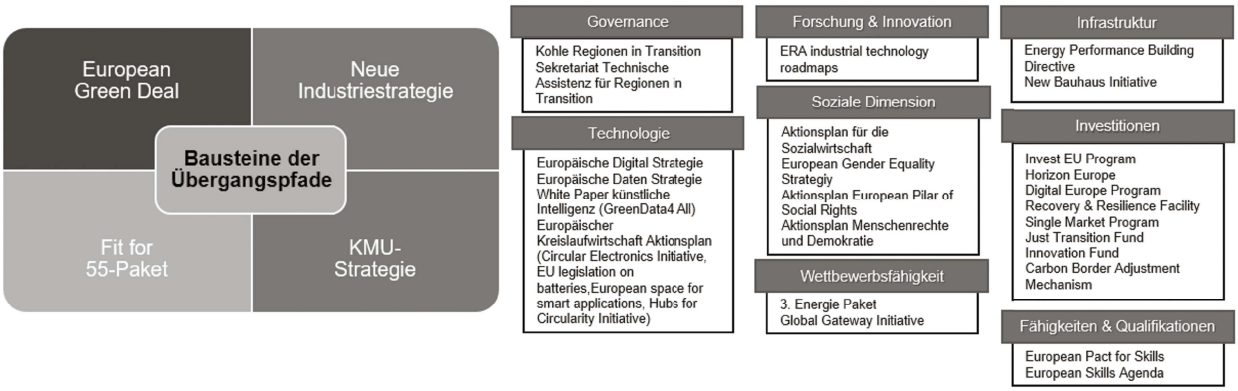

Abbildung 12: Bausteine für die Beschleunigung des „doppelten Übergangs"; Q: EU-Kommission, Eigene Darstellung

Nichtsdestotrotz versucht sich die Europäische Union aktiv dem Transformationsprozess zu stellen: durch den Europäischen Grünen Deal und die europäischen Klimaziele, unter Beteiligung der wichtigsten politischen Stakeholder, in einem Prozess zur Entwicklung von Übergangspfaden hin zu einem digitalen und klimaneutralen Europa. Ausgangsbasis dafür bilden die Neue Europäische Industriestrategie (Europäische Kommission 2021a), das European Climate Law (Europäische Kommission 2021b) und der Annual Single Market Report (Europäische Kommission 2021c), im Zuge deren die Europäische Kommission vierzehn für Europa bedeutende industrielle Ökosysteme identifiziert (Abbildung 2).

Abbildung 2: Die vierzehn identifizierten industriellen Ökosysteme, Q: Europäische Kommission, eigene Darstellung

Auf dem Weg zur Klimaneutralität und hin zur digitalen Zukunft sollen für jedes einzelne dieser industriellen Ökosysteme Übergangspfade („*Transition Pathways*“) entwickelt werden. Der Prozess zur Entwicklung dieser Übergangspfade hat dabei zum Ziel, die wichtigsten Eckpfeiler, Stoßrichtungen und Herausforderungen im Wandel für jedes der industriellen Ökosysteme zu identifizieren. Industrie- und wirtschaftspolitisch stehen dabei vor allem potenzielle Lieferengpässe, mitverursacht durch strategische Abhängigkeiten, das Ausmaß an notwendigen Investitionen und benötigten Kompetenzen, Fähigkeiten und Qualifikationen für den Umbau der Wirtschaft im Fokus.

Für die Entwicklung der Übergangspfade sollen die jeweils relevanten Stakeholder sowie Unternehmen entlang der jeweiligen Wertschöpfungsketten transparent und effizient kooperieren. Mit diesem Ansatz sollen komplexe gesellschaftliche Probleme gelöst werden. Wie diese Aktivitäten tatsächlich verbunden werden sollen, ist aktuell

noch nicht klar. Jedenfalls wird eine Kooperation über Sektoren hinweg notwendig sein, um groß angelegten Projekten oder Missionen gerecht zu werden.

Jedenfalls ist ein solcher Austausch über und die gemeinsame Entwicklung eines Pfades zur Dekarbonisierung ein langer und komplexer Prozess. Als Fortschritt in der Diskussion ist dabei zu sehen, dass die Kommission einen prozessorientierten und ergebnisoffenen Ansatz zur Entwicklung der einzelnen Übergangspfade gewählt hat. Ein solcher Diskussionsraum ermöglicht grundsätzlich den Austausch zwischen denen im „industriellen Ökosystem" vorhandenen unterschiedlichen Logiken der beteiligten Subsysteme (Nassehi 2021). So nährt der Prozess an sich bereits die Hoffnung eine Dynamik entwickeln zu können und eine Bewegungsrichtung vorzuzeichnen.

Leerstellen: soziale und sozioökonomische Dimension der Transformation

Der European Green Deal ist zwar ein auf Strukturveränderung abzielendes wirtschaftspolitisches Programm, die soziale Dimension bleibt aber unterbelichtet. Dabei wird verkannt, dass auch technologisch-ökonomische und rechtliche Prozesse im sozialen Gefüge bzw. in einem sozialen Raum stattfinden und von sozialen Beziehungen geprägt sind. Die elementaren Bedürfnisse basieren bislang überwiegend auf der Nutzung fossiler Energien (z. B. Ernährung, Mobilität, Wohnen, Freizeitgestaltung) und müssen in eine nachhaltige Form transformiert werden. Dies bedingt eine notwendige Veränderung des individuellen, aber vor allem auch des kollektiven Verhaltens, und eine andere Form der Art und Weise, wie produziert und konsumiert wird. Der einseitig technologisch-ökonomische Blick versperrt jedoch die Sicht auf die soziale Basis wirtschaftlicher Aktivität unserer westlichen post-industriellen Gesellschaften (Göpel 2016). Die aus einer solch eingeengten Perspektive abgeleiteten Lösungsstrategien greifen damit zwangsläufig zu kurz, verkennen sie doch die komplexen Interdependenzen zwischen Umwelt, Gesellschaft und wirtschaftlicher Aktivität.

Sowohl die Analyse als auch die Diskussion um die Interdependenzen und unterschiedlichen Logiken der einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme sowie deren Rolle in der Entwicklung von Lösungsstrategien stehen relativ am Anfang. Dies ist eben auch Folge des zuvor angeführten technisch-ökonomischen Zugang in Transformationsfragen. Versteht man jedoch die Transformation als sozioökonomische Herausforderung, die fossile energetische Basis der derzeitigen Form der Bedürfnisbefriedigung zu überwinden, wird deutlich, dass ein Zugang gewählt werden muss, der anstelle der Technologie den Menschen, dessen Voraussetzungen und sozialen Beziehungen in den Mittelpunkt der Lösungsfindung stellt. Die heftig geführte Diskussion um die Weiterverwendung des Autos (mit einem Verbrennungsmotor) veranschaulicht Statusfragen, Zuschreibungen und symbolische Auf- und Abwertungen, aber auch Vermögensfragen. Damit wird auch deutlich, dass die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen individuelle sowie kollektive Voraussetzungen, Bedürfnisse, Motivationen, inneren Konflikte, sozialen Beziehungen und Normen berücksichtigen muss. Ebenso spielen dadurch soziale Faktoren wie Einkommens- und Eigentumssituation, Geschlechterrollen, Alter, Gesundheitszustand und auch Bildungsgrad eine zentrale Rolle. Sie bestimmen die Möglichkeiten und Chancen der Betroffenen, wie sie den Auswirkungen der Transformation spontan

begegnen können und sich mittel- und langfristig auf die mit der digitalen und grünen Transformation verbundenen Veränderungen einstellen zu können (Alber 2014). Die technokratische Ausgestaltung von Rahmenbedingungen und die ökonomische Förderung von Technologien spielt zwar eine wichtige Rolle in der Transformation, jedoch zeigt sich, dass sie einer stark verkürzten und eingeschränkten Perspektive folgt.

Fazit

Der Übergang zu einer digitalen und dekarbonisierten Zukunft ist vor allem ein Projekt gesellschaftlicher Veränderung. Sowohl die Zugänge aus technisch-ökonomischer, ordnungspolitischer oder individualistischer Perspektive greifen zu kurz. Sie adressieren die mit den Veränderungen verbundenen Auswirkungen, Veränderungen und Unsicherheiten nicht, die auf das soziale Gefüge einwirken. Auch wenn z.B. in der Green Deal Konzeption der Europäischen Union neben den technisch-ökonomischen und ordnungspolitischen Elementen einer transformativen Politikgestaltung die soziale Frage in Spurenelementen, z.B. über das Thema Energiearmut, thematisiert wird, ist die Sichtweise zu sehr auf das „*Entschädigen der Verlierer:innen*" in der Transformation beschränkt. Darüber hinaus ignorieren diese Zugänge andere gesellschaftliche Faktoren, wie soziale Teilhabe.

Ohne die Berücksichtigung der sozialen Dimension des Wandels und seiner sozioökonomischen Auswirkungen droht der Weg in Richtung Dekarbonisierung, mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen für die Lebensqualität der Menschen, zu scheitern. Eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik, und eigentlich darüber hinaus eine Transformationspolitik, muss daher die soziale Dimension ins Zentrum stellen. Verteilungsfragen dürfen nicht mit ökologischen Motiven beiseite gewischt und Klimaschutz nicht mit dem Verweis auf potenzielle Verteilungseffekte verweigert werden. Nur eine Klima- und Energiepolitik, die beide Dimensionen ernst nimmt, kann gelingen, indem sie auch Wert auf eine gerechte Verteilung der Lasten des Wandels legt.

Ziel muss eine klimasoziale Politik sein, die nach einer sozialen, inklusiven, nachhaltigen und politisch fortschrittlichen Gesellschaft strebt. Ein selbstbestimmtes Leben, welches nicht die Lebensgrundlage gefährdet, gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und der unserer Verantwortung gegenüber uns und anderem Leben auf unserem Planeten wahrnimmt. Wir müssen nicht nur die Grenzen gegenüber der Natur respektieren und in ihren Reichtum investieren, sondern auch die Beziehungen zur Natur neu ausbalancieren. Die dafür notwendige Neuordnung verlangt, vor dem Hintergrund wachsender Ungleichheit, Armut, ungesundem Leben, der Zunahme von psycho-sozialen Erkrankungen und reaktionären politischen Kräften auch nach einer Neuordnung unserer Beziehung zu unseren Mitmenschen (Boyce 2007).

War es in der Globalisierungsdebatte noch der Stehsatz, „dass „*Verlierer:innen*" der Globalisierung zu kompensieren seien, gilt nun das Credo des „*To Leave No One Behind*" (Europäische Kommission 2019). Auf der Maßnahmenebene agieren die Nationalstaaten mehr oder weniger großzügig nach einer Feuerwehrmanier. Von einer adäquaten, präventiven, zielgerichteten Logik und Vorgangsweise ist wenig zu bemerken. Nimmt man den Satz „*To Leave No One Behind*", den sowohl die UNO als auch die Europäische

Kommission wie ein Mantra in Presseaussendungen und Reden vor sich hertragen, ernst, bräuchte man einen anderen, mehr auf die Gesellschaft als Ganzes fokussierenden Zugang. Ganz gegenteilig zu Thatchers „*there is no such thing as society*" spielt gerade die soziale Dimension eine wesentliche Rolle im Umgang mit der Transformation. Nur wenn man die Transformation als soziale Überlebensfrage, nicht nur für die Spezies Mensch, begreift und entsprechend in die Erarbeitung von Lösungen miteinbezieht, kann eine klimasozial-gerechte Transformation gelingen.

Literatur

Alber, G. (2014). Die sozialen Dimensionen von Klimawandel und Klimapolitik. In Genossenschaften und Klimaschutz (109–133). Springer VS, Wiesbaden.

Boyce, J. K. (2007). Is inequality bad for the environment? In Equity and the Environment. Emerald Group Publishing Limited.

Cifuentes-Faura, J. (2022). European Union policies and their role in combating climate change over the years. Air Quality, Atmosphere & Health, 1–8.

Europäische Kommission (2019): Mittelung: Der europäische Grüne Deal. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF (abgerufen am 25.02.2022).

Europäische Kommission (2021a): Updating the 2020 New Industrial Strategy: Building a stronger Single Market for Europe's recovery. https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-industrial-strategy-update-2020_en.pdf (abgerufen am 17.02.2022)

Europäische Kommission (2021b): European Climate Law. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32021R1119 (abgerufen am 17.02.022)

Europäische Kommission (2021c): Annual Single Market Report 2021 Accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions Updating the 2020 New Industrial Strategy: Building a stronger Single Market for Europe's recovery. https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6355326c-ae95-11eb-9767-01aa75ed71a1 (abgerufen am 17.02.2022)

Göpel, Maja. (2016). Why the Mainstream Economic Paradigm Cannot Inform Sustainability Transformations. In The Anthropocene: Politik—Economics—Society—Science: 53–117

IPCC, 2022: Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, [H.-O. Pörtner, H.O. et.al., Cambridge University Press. In Press.

Lucchese, Matteo/Pianta, Mario (2020): Europe's Alternative: A Green Industrial Policy for Sustainability and Convergence. MRPA Working Paper Nr. 98705

Mau, Steffen (2017): Das metrische Wir: über die Quantifizierung des Sozialen. Suhrkamp Verlag.

Moore, Frances et.al. (2022): Determinants of emissions pathways in the coupled climate–social system. Nature, 1–9.

Pianta, Mario, Lucchese, Matteo (2020): Rethinking the European Green Deal: An Industrial Policy for a Just Transition in Europe. In: Review of Radical Political Economics 52 (4), 633–641.

Pianta, Mario, Lucchese, Matteo, Nascia, Leopoldo (2020): The policy space for a novel industrial policy in Europe. In: Industrial and Corporate Change 29 (3), 779–795.

Räthzel, Nora, Uzzell, David (2011): Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma." Global Environmental Change 21/4, 1215–1223.

Nassehi, Armin (2021): Unbehagen: Theorie der überforderten Gesellschaft. München: C.H. Beck.

United Nations (o.J.): Leave No One Behind. https://unsdg.un.org/2030-agenda/universal-values/leave-no-one-behind (abgerufen 07.05.2022).

Welzer, Harald; Flaßpöhler, Svenja (2022): Interview: Harald Welzer über die kollektive Kraft des Futur II, Philosophie Magazin 02/22: S. 60–63